

Detmold, den 19.6.2026

Keine Zustimmung zum GKV-Beitragsstabilisierungsgesetz

Sehr geehrte Frau Vieregge, sehr geehrter Herr Haase,
sehr geehrter Herr Hemmelgarn, sehr geehrter Herr Wagener,

Sie beraten gerade im Bundestag das GKV-Beitragsstabilisierungsgesetz. Schon der Titel dieses Gesetzes ist irreführend und euphemistisch, denn es ist vor allem ein Kürzungsgesetz. Die Maßnahmen zur dauerhaften GKV-Beitragsstabilisierung müssten ganz andere sein (s. weiter unten).

Seit Monaten hören wir das Klagen über die heillose finanzielle Überforderung der Gesetzlichen Krankenkassen. Darum müsse jetzt drastisch bei den Ausgaben gespart werden, um deutliche Beitragserhöhungen der Versicherten (Arbeitnehmer und Arbeitgeber) zu verhindern. Zusätzlich wird ständig betont, dass wir eines der teuersten Gesundheitssystem der Welt hätten, das aber nicht entsprechend effektiv sei. Mit dem Argument der mangelnden Effektivität wird der Bevölkerung bewusst der Eindruck vermittelt, dass man wohl viel Sparpotenzial im System habe.

Was daran ist wirklich wahr?

Das Bundesgesundheitsministerium prognostiziert für die GKV bis 2030 ohne Gegenmaßnahmen eine Finanzierungslücke von etwa:

- 15 Mrd. € im Jahr 2027
- 22 Mrd. € im Jahr 2028
- 32 Mrd. € im Jahr 2029
- 40 Mrd. € im Jahr 2030

Wer trägt die Einsparungen?

Nach den bislang veröffentlichten Unterlagen entfällt ein erheblicher Teil der Einsparungen auf folgende Leistungserbringer:

Bereich der Leistungserbringer	Einsparungen / Mittelkürzungen
Krankenhäuser	ca. 5,1 Mrd. €
Vertragsärzte / Psych. Therapeuten	ca. 2,7 Mrd. €
Pharmaindustrie	ca. 1,9 Mrd. €
Weitere Leistungserbringer (Familierversicherung, Zuzahlungen, Beitragsregelungen)	ca. 1,5 Mrd. €
Versicherte	ca. 2,5 Mrd. €
Restliche Leistungserbringer	ca. 2,6 Mrd. €
Gesamt	16,3 Mrd. €

Wahr ist, dass von den geplanten Einsparungen die Krankenhäuser, im Vergleich zu den anderen Leistungserbringern, besonders stark betroffen werden. Das ist fatal und geht zu Lasten der Qualität im Krankenhauswesen und damit zu Lasten der Patienten.

Wahr ist auch, dass die GKV durch bundespolitische Vorgaben aktuell ca. 40–60 Mrd. € Versicherungsfremde Leistungen finanziert. Von dieser Summe erstattet der Bund der GKV aktuell nur ca. 17 Mrd. € für die versicherungsfremden Leistungen. Wenn also die Bundesregierung für alle versicherungsfremden Leistungen aufkommen würde, wären keine Sparmaßnahmen nötig und die GKV könnte alle ihre Ausgaben finanzieren – ohne die jetzigen Beiträge zu erhöhen.

Wahr ist auch, dass sinnvolle und längst überfällige politische Initiativen unterlassen werden, und zukunftsweisende und tatsächliche kostensenkende Maßnahmen nicht ergriffen werden – **warum eigentlich nicht?** Zu diesen Maßnahmen würde z. B. gehören, dass ausnahmslos alle Menschen, die einer sozialversicherten und steuerpflichtigen Beschäftigung nachgehen, in die gesetzliche Krankenkasse einzahlen. Eine Versicherung für alle statt der Gesetzlichen und der Privaten Krankenversicherung.

Wahr ist auch, dass es keine nachvollziehbaren Gründe dafür gibt, jetzt im Schatten der Fußballweltmeisterschaft und der bevorstehenden Sommerpause mit einem künstlich erzeugten, unseriösen Zeitdruck dieses Gesetz durch die parlamentarischen Abstimmungen zu peitschen.

Wir fordern Sie auf, diesem Gesetz die Zustimmung zu verweigern! Erzwingen Sie durch ihre Ablehnung dieses Gesetzes, dass der Gesetzentwurf zurückgezogen wird und dass man die gewonnene Zeit dann politisch nutzt, um eine tatsächliche Reform im Interesse einer sozial gerechten Lastenverteilung der Gesundheitskosten auf den Weg zu bringen. Der vorliegende Gesetzentwurf ist keine Reform, die den Menschen in diesem Land nutzt. Es ist ein Gesetz, das lediglich Kosten unsozial verschiebt und dem Gesundheitswesen, den Patienten und den Beschäftigten im Gesundheitswesen Schaden zufügt.

Wir bitten Sie, auf unsere Kritik zeitnah, noch vor der Abstimmung im Bundestag zu reagieren. Ihre Rückmeldung interessiert viele Menschen im Land und wir würden sie auf unserer Website veröffentlichen, ebenso die Informationen zu Ihrer Stimmabgabe.

Aktionsbündnis Klinikum Lippe

Mit freundlichen Grüßen
Für den Vorstand

Elke Güse (stellv. Vors.)

Walter Brinkmann (Vorsitzender)